Die derzeit stärkste Gruppe bei den Wahlen: Die Nichtwähler

Michael Haußmann

Die Gründe, nicht zur Urne zu gehen, sind mannigfaltig: Sie reichen von einer kurzfristigen Erkrankung über eine Fernreise, Desinteresse und Bequemlichkeit bis hin zur Enthaltung aus Protest. Befördert wird die seit Anfang der 1970er-Jahre zu beobachtende Talfahrt der Wahlbeteiligung durch den gesellschaftlichen Wandel: Die Singularisierung[1], die Abnahme von Bindungen an Kirchen, Gewerkschaften, Vereine, Parteien und andere Organisationen bewirken einen abnehmenden sozialen Druck, am Wahlsonntag wählen zu gehen nach dem Motto „da fragt mich doch eh keiner danach".

Europa-, Kommunalwahlen

In allen Flächenländern lagen die Beteiligungsquoten bei den jeweils letzten Kommunalwahlen unter 60 Prozent, in Sachsen-Anhalt wurde sogar die 40 Prozent-Schallmauer nach unten durchbrochen. Die leicht steigenden Quoten bei den jüngsten Wahlen lassen allerdings vermuten, dass die Talsohle inzwischen erreicht sein dürfte[2]. Dennoch sind die Nichtwähler in allen Ländern weiterhin mit Abstand die größte Gruppe. Gleiches gilt für die Europawahl. Die „Rekordenthaltung" in Form einer Wahlbeteiligung von nur 26,9 Prozent in Brandenburg im Jahr 2004 stellt dabei einen historischen Tiefstand dar.

Landtagswahlen

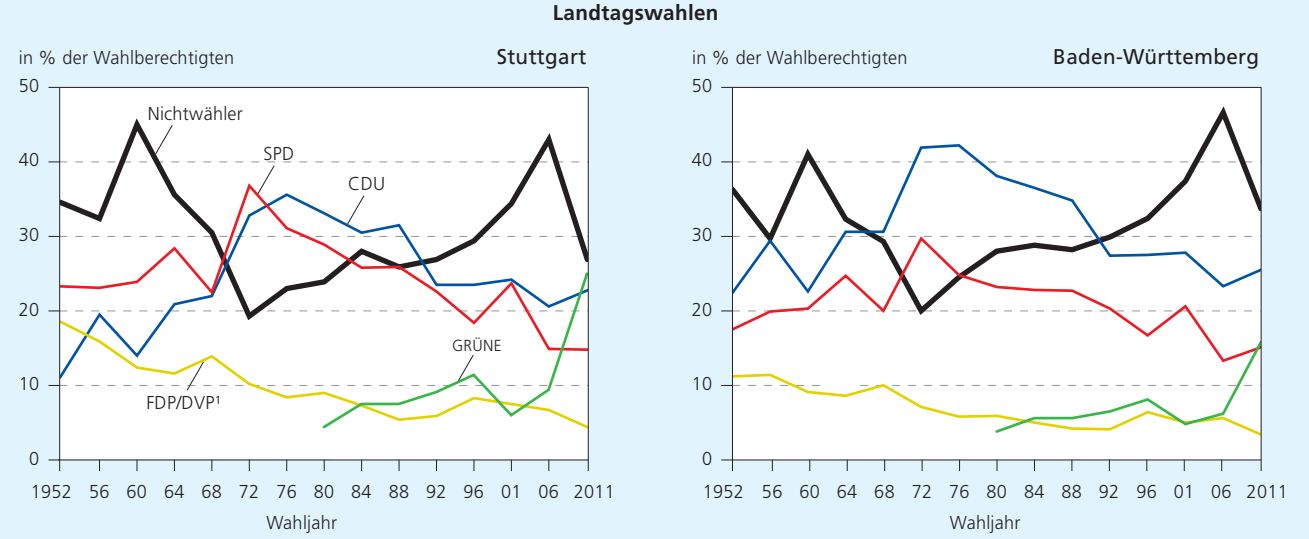
In Baden-Württemberg haben die Nichtwähler die anderen Parteien bei den Landtagswahlen seit 1992 überholt. Gleiches gilt auch für die Landeshauptstadt Stuttgart, wenn auch der Abstand zu den GRÜNEN bei der 2011er-Wahl hauchdünn ausfiel (vgl. Abbildung 1). In den anderen Ländern liegen die Nichtwähler teilweise schon länger vorn. Zuletzt war die CDU bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Jahr 2004 noch einmal stärker, nach der darauf folgenden Wahl im Jahr 2008 gelang es in keinem Bundesland mehr, die Nichtwähler zu überbieten.

Bundestagswahlen

Mit der Bundestagswahl ist im Wahljahr 2009 die letzte Bastion gefallen, bei der die Nichtwähler noch nicht die größte Gruppe stellte. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in Stuttgart wider (vgl. Abbildung 2). Dies lag allerdings nicht nur an der weiter gesunkenen Wahlbeteiligungsquote, sondern auch an der sich ausweitenden Fraktionalisierung des Parteiensystems[3].

Trotz der ernüchternden Zahlen sollte man die Entwicklung nicht dramatisieren. Eine niedrige Wahlbeteiligung muss nicht zwangsläufig Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise sein: Eine wesentliche Ursache kann auch das Vertrauen in das politische System und seine Institutionen und die allgemeine Zufriedenheit mit dessen Funktionsweise sein[4]. Das im Laufe der Jahre stetig gestiegene Bildungsniveau und die ubiquitäre Verfügbarkeit von kritischen Medien legt zumindest nahe, dass den Bürger/-innen der rationale Umgang mit politischen

Abbildung 1: Anteil der Nichtwähler und der Parteistimmen an allen Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen in Stuttgart und Baden-Württemberg seit 1952



¹1952 DVP; 1956-2001 FDP/DVP; ab 2006 FDP.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

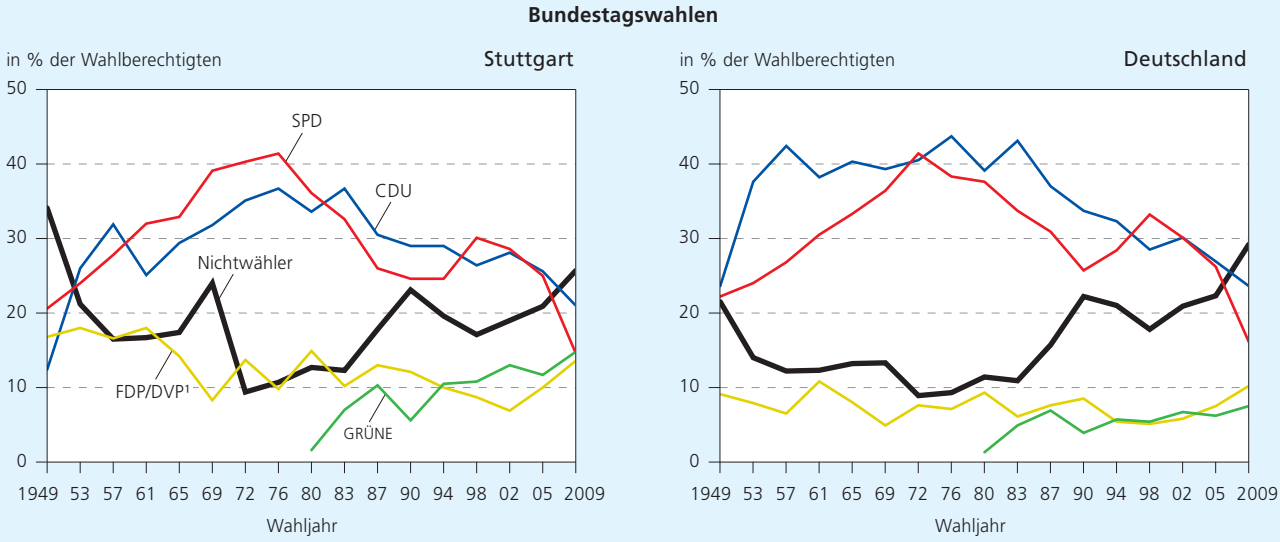
Themen heute leichter fallen dürfte denn je.

Trotzdem fragen sich die Parteistrategen, wie die Mobilisierung der potenziellen Wähler/-innen besser gelingen kann. Der Tübinger Wahlforscher Eilfort rät: „Polarisierung mobilisiert!" und weist darauf hin, dass es wohl kein Zufall ist, dass die Rekordwahlbeteiligung von 91,1 Prozent bei der Bundestagswahl 1972 bei einer Wahl erreicht wurde, deren Politikinhalte wie zum Beispiel die Ostpolitik sich bei den Spitzenkandidaten diametral entgegenstanden. Ähnliches kann bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2011 vermutet werden, deren Beteiligung um 12,9 Prozentpunkte höher ausfiel als bei der Vorgängerwahl: Ein wesentliches Thema war das Pro oder Kontra zum Bahnprojekt Stuttgart 21.

Doch Polarisierung hat auch Schattenseiten, Schwarz und Weiß in Reinform ist nicht oft zu finden.

Vielleicht gelingt es ja über die Sozialen Medien, wieder sozialen Druck im positiven Sinne aufzubauen. Vielleicht „liken" es dann künftig wieder mehr Menschen, wählen zu gehen und dadurch über die Zukunft mitzubestimmen …

Abbildung 2: Anteil der Nichtwähler und der Parteistimmen an allen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen in Stuttgart und Deutschland seit 1949



¹1949 DVP; 1953-2002 FDP/DVP; ab 2005 FDP.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

1 Haußmann, Michael: Lebensformen in der Großstadt im Wandel, in: Statistik und Informationsmanagement, 66. Jg. (2007), Monatsheft 6, S. 157-195.

2 Haußmann, Michael: Das kommunalpolitische Interesse der jungen Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen, in: Statistik und Informationsmanagement, 70. Jg. (2011), Monatsheft 11, S. 372-375.

3 Schwarz, Thomas: Das Parteiensystem in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen, in: Statistik und Informationsmanagement, 70. Jg. (2011), Monatsheft 7, S. 228-245.

4 Eilfort, Michael: Aktualisierter Beitrag zum Thema „Nichtwähler", Manuskript, Stand 01.08.2009, 24 S., http://www.eilfort.de/downloads/nichtwaehler_08_2009.pdf.